

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 02.10.2012
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Osnabrück, Raum-Nr. 173,

Anwesend:

Vorsitzender

Selige, Dieter

Mitglieder

Dälken, Martin

ab TOP 3 (18.20 Uhr)

Daudt, Georg

Grisar,, Andreas Dr.

Gröne, Christoph

Grottendieck, Jürgen

Jantos, Annette

Pesch, Karl-Heinz

Schmechel, Peter

Springmeier, Wolfgang

Verwaltung

Pohlmann, Ansgar Bürgermeister

Wolf, Andreas allg. Vertreter des Bürgermeisters

Baller, Jutta

Protokollführer/in

Könen, Ruth

Fehlende Mitglieder

Hebbelmann, Udo

Presse

Elbers, Wolfgang, Neue Osnabrücker Zeitung

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 19:25 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr.2/2012 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.05.2012
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
4.	Bericht über die finanzielle Lage der Stadt
5.	Haushaltsplan 2013 - Vorentwurf - mündlicher Vortrag
6.	Resolution West-Ost-Achse Vorlage: BV/144/2012
7.	Beantwortung von Anfragen
8.	Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Selige eröffnet die heutige öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft. Er begrüßt alle Teilnehmer und fragt den anwesenden Einwohner, ob dieser zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Der Zuhörer weist darauf hin, dass auf der Homepage der Stadt Georgsmarienhütte leider keine Tagesordnung für die heutige Sitzung veröffentlicht wurde. Bürgermeister Pohlmann bedauert diesen Umstand und weist zugleich darauf hin, dass durch die derzeit vorgenommene Umstellung auf ein neues Ratsinformationssystem die Einwohner zukünftig über die Homepage der Stadt mehr Informationen über die Sitzungstätigkeiten der politischen Gremien erhalten werden. Herr Selige stellt sodann die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung fest.

2. Genehmigung des Protokolls Nr.2/2012 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.05.2012

Gegen Form und Inhalt der Niederschrift werden keine Bedenken erhoben.

Folgender Beschluss wird gefasst:

Das Protokoll Nr. 2/2012 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 16.05.2012 wird einstimmig genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

Jahresabschluss 2011

Frau Baller stellt dar, dass der Jahresabschluss 2011 fast abgeschlossen ist. Der Ergebnishaushalt weist einen sehr positiven Jahresüberschuss von 9,5 Mio. € aus, der in erster Linie auf Verbesserungen bei den Steuererträgen zurückzuführen ist. Bei der Gewerbesteuer wurde ein Ergebnis von 26,4 Mio. € erreicht gegenüber einem Planwert von 18,5 Mio. €. Auch beim Zuschussbedarf der Fachbereiche wurde eine Reduzierung gegenüber dem Haushaltsplan von rd. 1,3 Mio. € erreicht. Der Überschuss von 9,5 Mio. € wird gemäß der gesetzlichen Vorgabe der Überschussrücklage zugeführt.

Im Finanzhaushalt konnten die durchgeführten Investitionen ohne Kreditaufnahme aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Die Verschuldung der Stadt konnte somit in 2011 weiter auf rd. 12,3 Mio. € reduziert werden. Der Bestand der liquiden Mittel betrug zum 31.12.2011 rd. 7,4 Mio. €. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft wird die Verwaltung weitere Einzelheiten zum Jahresabschluss 2011 bekannt geben können.

Bürgermeister Pohlmann weist darauf hin, dass weitere Darlehensablösungen aufgrund der entstehenden Vorfälligkeitszinsen nicht in Betracht kommen. Dieses wurde ausführlich geprüft. Er stellt fest, dass die Stadt Georgsmarienhütte seit 2004 keine Kreditaufnahme mehr vorgenommen hat.

4. Bericht über die finanzielle Lage der Stadt

Frau Baller erläutert dem Ausschussmitgliedern die aktuelle finanzielle Lage der Stadt Georgsmarienhütte. Der Ergebnishaushalt 2012 weist im Plan einen Fehlbedarf von rd. 4,15 Mio. € aus. Die Prognose im Berichtswesen zum 31.05.2012 zeigte bereits eine Verringerung dieses Fehlbedarfes auf rd. 1,6 Mio. € auf. Die Steuererträge haben sich in der Zwischenzeit weiterhin positiv entwickelt. Bei der Gewerbesteuer kann derzeit davon ausgegangen werden, dass gegenüber dem Plan von 19,5 Mio. € eine Prognose von 24,0 Mio. € zum 31.12.2012 steht. Hierzu verweist Frau Baller auf das demnächst erscheinende Berichtswesen zum Stichtag 30.09.2012, das weitere detaillierte Angaben zur Entwicklung der Finanzierungsmittel sowie der Fachbereichsbudgets enthält. Aus heutiger Sicht geht die Verwaltung davon aus, dass im Ergebnishaushalt 2012 zum Jahresende der Haushaltsausgleich erreicht wird, sofern bis Jahresende keine gravierenden Verschlechterungen eintreten werden. Frau Baller weist ausdrücklich darauf hin, dass die Verbesserungen bei den Gewerbesteuererträgen aus Nachzahlungen für Vorjahre resultieren; für das aktuelle Veranlagungsjahr 2012 wurden eher Anpassungen nach unten vorgenommen. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass sich die hohen Gewerbesteuererträge 2012 aufgrund der erst rückwirkend erfolgenden Abrechnung im

Rahmen des Finanzausgleichs negativ auf die Haushaltsjahre 2013 und 2014 auswirken werden.

Zum Finanzhaushalt führt Frau Baller aus, dass die veranschlagten Kreditaufnahmen in Höhe von rd. 4,18 Mio. € nicht in Anspruch genommen wurden. Die durchgeführten Investitionen werden aus den bestehen liquiden Mitteln finanziert. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass nicht alle geplanten Investitionen in 2012 durchgeführt werden. Im Haushaltsjahr 2012 wird somit keine Neuverschuldung entstehen, sondern die Verschuldung der Stadt kann weiter auf voraussichtlich 11,3 Mio. € zum Ende des Jahres abgebaut werden. Der aktuelle Liquiditätsstand beträgt 9,5 Mio. €, davon sind derzeit 8 Mio. € als Termingeld angelegt.

5. Haushaltsplan 2013 - Vorentwurf - mündlicher Vortrag

Der Vorentwurf des Haushaltsplanes 2013 wird den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft anhand einer Bildschirmpräsentation von Frau Baller ausführlich erläutert. Anhand des Vorentwurfes erfolgt die weitere Beratung in den Fachausschüssen, sodass Ende November der endgültige Entwurf des Haushaltsplanes 2013 vorgelegt werden kann.

Der Vorentwurf sieht im Ergebnishaushalt Erträge von 48,2 Mio. € und Aufwendungen von 52,3 Mio. € vor. Dadurch wird ein Fehlbedarf in Höhe von 4,1 Mio. € ausgewiesen. Der Fehlbedarf wird durch die bestehende Überschussrücklage abgedeckt, sodass ein fiktiver Haushaltsausgleich erreicht wird und ein Haushaltssicherungskonzept nicht erforderlich ist. Frau Baller weist auf die Entwicklung der Überschussrücklage der Haushaltsjahre 2010 bis 2013 hin. In den Haushaltsjahren 2010 und 2011 wurden im Ergebnishaushalt Überschüsse in Höhe von 2,4 Mio. € bzw. 9,5 Mio. € erreicht. Die Überschussrücklage enthielt Ende 2011 somit 11,9 Mio. €. Für das Jahr 2012 wird ein ausgeglichener Ergebnishaushalt prognostiziert, während der Vorentwurf 2013 einen Fehlbedarf von 4,1 Mio. € vorsieht. Das führt zu einer Reduzierung der Rücklage auf 7,8 Mio. € Ende 2013.

Frau Baller erklärt, dass sich die geplanten allgemeinen Finanzierungsmittel für 2013 aufgrund von neuen Steuerschätzungen, die Anfang November vorliegen, noch ändern können. Derzeit wird hier mit Erträgen von 40,7 Mio. € und Aufwendungen von 21,5 Mio. € geplant. Dadurch stehen Finanzierungsmittel in Höhe von 19,2 Mio. € und somit 4,8 Mio. € weniger zur Verfügung als im Haushaltsjahr 2012. Grund hierfür sind niedrigere Steuererträge in 2013 und die Auswirkungen der rückwirkend erfolgenden Abrechnung des Finanzausgleichs. Weitere Änderungen können sich aufgrund der neuen FAG-Berechnungsgrundlagen ergeben, die voraussichtlich Ende November vorliegen. Die Entwicklung der Steuereinnahmen bis zum Jahresende bleibt auch noch abzuwarten. Desweiteren können sich auch die Zuschussbedarfe der Fachbereiche noch verändern. Es sind noch nicht alle Projekte in den Aufwendungen eingeplant und die Beratungen in den Fachausschüssen können ebenfalls Veränderungspositionen nach sich ziehen. Insbesondere bei neuen Investitionsentscheidungen muss auch der Aufwand für Abschreibungen überarbeitet werden.

Zur Investitionstätigkeit 2013 erläutert Frau Baller die wesentlichen Zahlen. Bei den Einzahlungen sind 2,1 Mio. € geplant, während die Auszahlungen mit 8,2 Mio. € veranschlagt sind. Zu den größten Einzelpositionen zählen der Neubau des 3-Freunde-Kindergartens mit 2 Mio. € sowie Hochwasserschutzmaßnahmen mit 1,2 Mio. €. Weiterhin sind für die Zentrumsentwicklung 750.000 €, für die Bushaltestelle L95/Carl-Stahmer-Weg 550.000 € sowie für die Erneuerung der Straßen „Falkenstraße“ und „Fasanenweg“ insgesamt 750.000 € eingeplant. Die Differenz zwischen Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt laut Vorentwurf rd. 6 Mio. €. Dies ist der höchstmögliche Kreditbedarf, der nach derzeitigem Stand in der Haushaltssatzung 2013 veranschlagt werden kann. Aufgrund der bestehenden Liquiditätslage geht die Verwaltung aus heutiger

Sicht davon aus, dass der maximal mögliche Kreditbedarf nicht ausgeschöpft werden muss. Für 2013 wird bei der Finanzierungstätigkeit derzeit von einer Kreditaufnahme von 3 Mio. € ausgegangen, sodass bei einer gleichzeitigen Tilgung in Höhe von 850.000 € eine Neuverschuldung von 2,1 Mio. € entstehen wird.

Frau Baller weist ausdrücklich darauf hin, dass insbesondere aus dem Bereich des Fachbereiches III zahlreiche Investitionsauszahlungen in diesem Vorentwurf noch nicht enthalten sind, da diese noch nicht mit konkreten Zahlen beziffert werden konnten. So fehlen z.B. die Baumaßnahmen an Schulen zum Thema Inklusion, die Mensa an der Freiherr-vom-Stein-Schule, die 2. Bauabschnitte des Schulsportplatzes Antoniusschule sowie des Parkplatzes an der Johannes-Möller-Straße. Auch ein möglicher Kunstrasenplatz Harderberg sowie die Leichtathletische Anlage Rehlberg wurden noch nicht eingeplant. Hierzu sollen zuvor Beratungen im Fachausschuss stattfinden. Ziel der Beratungen dieses Vorentwurfes muss es sein, dass von der Politik Prioritäten für Maßnahmen gesetzt werden, die in 2013 umgesetzt werden sollen, damit Ende November 2012 ein belastbarer Haushaltsplanentwurf vorgelegt und weiterberaten werden kann.

Bürgermeister Pohlmann weist auf die Kernpunkte des vorliegenden Vorentwurfes hin. Das Haushaltsjahr 2013 kann nicht mit 2012 verglichen werden. Es bleibt zu beachten, dass die bestehende Überschussrücklage schnell aufgebraucht werden kann. Seiner Meinung nach ist es sehr unbefriedigend, dass im Finanzhaushalt nicht alle Maßnahmen enthalten sind. Es ist derzeit schon bekannt, dass aufgrund der Inklusion in 2013 bauliche Maßnahmen an einer Grundschule durchzuführen sind. Er fordert eine Prioritätenliste die beinhaltet, welche Maßnahmen in 2013 durchgeführt werden müssen. Dabei sind Abstufungen bei der Wichtigkeit zu beachten und zudem ist zu berücksichtigen, was überhaupt objektiv abgewickelt werden kann. Je nach Entwicklung der Einnahmesituation sollte die Möglichkeit bestehen, auch im laufenden Jahr 2013 weitere Maßnahmen in Angriff zu nehmen. In den Fachausschüssen soll intensiv über diese Prioritätenliste diskutiert werden, die fachbereichsübergreifend aufgestellt werden soll. Er appelliert diesbezüglich an alle Ausschussmitglieder.

Herr Selige unterstützt diese Zielsetzung, die auch auf seiner Linie liegt.

Nach Meinung von Herrn Dälken steht die Haushaltslage der Stadt derzeit sehr erfreulich dar. Man darf in den Folgejahren nicht auf mögliche Nachzahlungen im Steuerbereich bauen. Es geht darum, nicht nur neue Projekte zu diskutieren, sondern auch der Bestand im Haushaltsplan muss auf Wichtigkeiten überprüft werden.

Frau Jantos weist auf die derzeit gute finanzielle Lage der Stadt hin. Entgegen den allgemeinen Erwartungen hat sich die Situation positiver entwickelt als es ursprünglich vorgesehen war. Sie begrüßt den neuen Ansatz mit der Aufstellung einer Prioritätenliste, welche fachbereichsübergreifend beraten werden kann.

Herr Springmeyer warnt davor, Wahlgeschenke zu verteilen. Die Stadt muss sich auf niedrigere Gewerbesteuererträge einstellen, sodass auch an das Sparen gedacht werden muss.

Zum weiteren zeitlichen Ablauf erklärt Bürgermeister Pohlmann, dass der Haushalt 2013 voraussichtlich in der 2. Februarhälfte 2013 beschlossen werden soll. Laut Herrn Dr. Grisar sollte es sich hierbei um den spätesten Termin handeln. Er sieht zeitlich keine großen Schwierigkeiten. Frau Jantos möchte wissen, wie konkret der Haushaltsentwurf sein wird, der Ende November in den Rat eingebracht wird. Falls der Entwurf relativ konkret ist und alles enthält, können evtl. schon Anfang Dezember die Klausurtagungen der Fraktionen stattfinden. Bürgermeister Pohlmann erläutert, dass bereits am kommenden Montag der Haushaltsentwurf für den Fachbereich IV in den zuständigen Ausschuss eingebracht wird. Anfang November folgt der Fachausschuss für den Fachbereich III. Danach kann ein belastbarer Haushaltsentwurf für Ende November aufgestellt werden. Ein genauer Zeitplan

mit den weiteren Sitzungsterminen wird zum Protokoll genommen. Das weitere Verfahren kann dann in der kommenden VA-Sitzung abgestimmt werden.

Hinweis der Verwaltung – Sitzungstermine zur Beratung des Haushaltsvorentwurfs:

08.10.2012: *Beratung des Haushaltsvorentwurfs 2013 im Fachausschuss IV*

06.11.2012: *Beratung des Haushaltsvorentwurfs 2013 im Fachausschuss III*

20.11.2012: *Beratung des Haushaltsvorentwurfs 2013 für die Fachbereiche 0, I und II und Abstimmung der Teilentwürfe III und IV im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft*

6. Resolution West-Ost-Achse
Vorlage: BV/144/2012

Der Vorsitzende Herr Selige verweist auf die Vorlage der Verwaltung. Auf Wunsch der IHK Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim soll von der Stadt Georgsmarienhütte eine Resolution zur West-Ost-Achse Amsterdam-Osnabrück-Berlin-Warschau beschlossen werden. Der genaue Text der Resolution ist auf der letzten Seite der Vorlage abgedruckt.

Dr. Grisar hält diese Resolution für eine wichtige Sache, auch wenn sie viel Symbolik enthält. Das wird von Frau Jantos unterstrichen. Die Symbolik ist höher als eine mögliche Durchsetzungsfähigkeit; sie begrüßt jedoch diese Resolution und wird ihr im Großen und Ganzen folgen. Herr Schmechel stellt dar, dass er dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen kann, da eine Umsetzung dieser Resolution mehr Straßenverkehr nach sich ziehen wird. Die Gesamtausrichtung des Papiers geht in die falsche Richtung. Er hätte eine andere politische Aussage begrüßt. Herr Dälken hält diese Resolution für wichtig, damit die Bahnstrecke Amsterdam -Berlin über Osnabrück auf jeden Fall beibehalten wird. Auch würde der Hafen in Bohmte hiervon profitieren. Der Güterverkehr könnte dann von der Straße auf Wasserstraßen verlagert werden. Nach Meinung von Herrn Springmeyer handelt es sich bei der Resolution um eine reine Öffentlichkeitsarbeit, die lediglich als ein Anfang zu werten sei. Bürgermeister Pohlmann und Herr Selige unterstreichen, dass es für den Raum Osnabrück wichtig ist, dass die Ost-West-Achse gestärkt wird.

Herr Wolf informiert die Ausschussmitglieder darüber, dass der Rat der Stadt Osnabrück die Resolution mit einem Zusatz beschlossen hat. An den vorliegenden Resolutionstext wurde folgender Absatz zugefügt: *„Dazu gehören vor allem Investitionen in eine Verbesserung des Schienennetzes und der Ausbau der Schleusen des Osnabrücker Stichkanals.“*

Abschließend lässt Herr Selige über die Resolution abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	1
Enthaltung:	0

Folgender Beschluss wird gefasst:

Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte beschließt entsprechend dem vorliegenden Formulierungsvorschlag der Industrie- und Handelskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim die Resolution der Stadt- und Gemeinderäte zur West-Ost-Achse Amsterdam-Osnabrück-Berlin-Warschau.

7. Beantwortung von Anfragen

Personalkostenvergleich

Die Genehmigungsverfügung des Landkreises Osnabrück zum Haushalt 2012 enthielt Vergleichszahlen der Personalaufwendungen von Georgsmarienhütte zu Durchschnittswerten der Landkreisgemeinden in der Größenklasse 20.000 bis 50.000 Einwohner. Danach hat Georgsmarienhütte einen Durchschnittswert von 326 € pro Einwohner, während sich der Durchschnittswert auf 286 € pro Einwohner beläuft. In der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft ist die Verwaltung aufgefordert worden, die Differenz von 40 € zum Durchschnittswert zu erläutern.

Zunächst weist Frau Baller darauf hin, dass sich der angegebene Durchschnittswert des Landkreises auf Planzahlen 2011 bezieht, dem Georgsmarienhütter Planzahlen 2012 gegenüber stehen. Setzt man den Georgsmarienhütter Durchschnittswert von 326 €/Einwohner ins Verhältnis zum Landkreisdurchschnittswert 2012 von 298 €/Einwohner, so beträgt die Differenz nur noch 28 €.

Frau Baller erläutert weiter, dass der Landkreis Osnabrück in seiner Betrachtung die veranschlagten Personalaufwendungen nur ins Verhältnis zur Einwohnerzahl gestellt, jedoch keine Unterschiede bei der Aufgabenwahrnehmung der Kommunen berücksichtigt hat. Beispielsweise betreibt die Stadt Georgsmarienhütte als einzige Kommune im Landkreis eine Fleischuntersuchungsstelle. Hier wurden für 2012 Personalaufwendungen von 913.000 € veranschlagt; das entspricht einem Wert von 28,50 € je Einwohner. Gleichzeitig handelt es sich bei der Fleischuntersuchungsstelle um einen Gebührenhaushalt; daher werden diese Personalaufwendungen durch Gebührenerträge gedeckt. Als weiteres Beispiel führt Frau Baller hier die Personalaufwendungen der bei der MaßArbeit beschäftigten Mitarbeiter an, die zu 100 % vom Landkreis Osnabrück erstattet werden. Da von den Vergleichskommunen unterschiedlich viel Personal in die MaßArbeit entsendet wurden, ist der Personalaufwand bei diesem Produkt auch sehr unterschiedlich. Auch beim Produkt KFZ-Zulassung weist Georgsmarienhütte vergleichsweise hohe Personalaufwendungen auf, denen aber auf der Ertragsseite höhere Gebührenerträge gegenüberstehen. Hier machen sich Unterschiede im Einzugsbereich der einzelnen Zulassungsstellen bemerkbar. Ein Vergleich des Personalaufwandes pro Einwohner ist hier somit nicht aussagekräftig; besser wäre es, den Personalaufwand ins Verhältnis zu den Fallzahlen zu setzen, da bei der KFZ-Zulassung auch Bürger aus anderen Kommunen bedient werden.

Abschließend weist Frau Baller nochmals darauf hin, dass, wie die o.g. Beispiele verdeutlichen, beim pauschalen Vergleich des Landkreises ungleiche Sachverhalte verglichen werden. Eine Analyse der Personalaufwendungen ist nur mit gründlichem Hintergrundwissen und mit Detailkenntnis der Strukturen und der Organisation der einzelnen Kommunen möglich, die oftmals nicht aus den Haushaltsplänen abzulesen sind. Eine tiefergehende Analyse wäre folglich mit hohem Aufwand verbunden. Frau Baller bezweifelt, dass eine absolute Vergleichbarkeit überhaupt erreicht werden kann.

Bürgermeister Pohlmann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Stadt Georgsmarienhütte seit kurzem an einem Vergleichsring zur Kennzahlenermittlung teilnimmt und hofft hierbei auf eine größere Aussagekraft. Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis.

8. Anfragen

Bildungs- und Teilhabepaket

Herr Springmeyer erkundigt sich nach dem Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung. Er fragt an, auf welche Summe sich die Gelder belaufen, die von berechtigten Georgs-marienhütter Familien nicht abgerufen wurden. Diese Anfrage wird an den zuständigen Fachbereich III weitergeleitet.

In der anschließenden Einwohnerfragestunde wird eine Anfrage des Zuhörers sofort beantwortet.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Selige
Vorsitz

i. A. Bürgermeister

Protokollführung